

5. Deutsche Innenpolitik, 1871-1878

0. Übersicht:

1. Verfassungskompromiß und Bismarck-Reich
2. Die Große Depression
3. Kulturkampf
4. Die Sozialisten
5. Die große innenpolitische Wende

1. Verfassungskompromiß und Bismarck-Reich

“Setzen wir Deutschland, so zu sagen, in den Sattel: Reiten wird es schon können.” - Das hatte Otto v. Bismarck im Jahre 1867 erklärt, nachdem er den Weg zur dten Einheit beschritten hatte. Vier Jahre später saß Dtland im Sattel, doch mußte es nun in den folgenden zwei Dekaden unter Bismarcks harter Hand das Reiten erlernen. Dies war schon schwierig genug. Aber niemand, nicht einmal Bismarck, hatte damit gerechnet, daß das Pferd - nämlich der sozio-ökonomische und politische Wandlungsprozeß - derartige Bockssprünge unternehmen würde. Sowohl innen- als auch außenpolitisch standen dem neuen Reich äußerst schwierige Zeiten bevor. Die dabei eingeschliffenen Verhaltensmuster, politischen Strukturen und Denkweisen wurden für die weitere Geschichte des Kaiserreiches prägend. Um noch einmal Bismarcks Bild vom Reiten zu bemühen: unter seinem gestrengen Reitlehrer, auf einem bockigen Pferd sitzend entwickelte das neue Reich dauerhafte Haltungsfehler, die schließlich maßgeblich zu seinem tödlichen Sturz beitrugen.

Doch genug der Allegorien: in den nächsten beiden Sitzungen werden wir uns mit Innen- und Außenpolitik des Kaiserreichs nach seiner Gründung auseinanderzusetzen haben. Im Mittelpunkt wird dabei die Frage nach dem Charakter dieses neuen Staates stehen, seiner Reaktion auf sich beschleunigende Wandlungsprozesse und seiner Stellung im internationalen System. Dabei können nur die wichtigsten Entwicklungen nachgezeichnet werden, um zu einem skizzenhaften Gesamtbild zu kommen. Wir beginnen heute mit der Innenpolitik im weitesten Sinne.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft des KR waren natürlich zunächst einmal seine Geschäftsbedingungen, also die Verfassung. Diese Geschäftsgrundlagen mußten zwischen den einflußreichsten Kräften in Dtland ausgehandelt werden. Da waren die gekrönten Häupter und ihre Regierungen in den Einzelstaaten. Da waren die Militärs und die mächtigen Staatsbürokratien. Und schließlich gab es Parlamente mit den Nationalliberalen als vorherrschender Partei und damit die kraftvolle

Nationalbewegung. Zwischen den Interessen dieser Kräfte galt es Kompromisse auszuhandeln, und Bismarck achtete genauestens darauf, daß er der Verhandlungsführer war.

Dabei half es seiner Verhandlungsposition natürlich sehr, daß der Siegeslauf gegen Frankreich ihm persönlich ungeheures Ansehen brachte. Er hatte sich an die Spitze der Nationalbewegung gesetzt und war damit in den Krieg gezogen. Als nach dem Sieg von Sedan und der Gefangenennahme N III. die Wellen der Euphorie sich in Dtland überschlugen und Bismarck allgemein als der Vater des Sieges anerkannt wurde, befand sich Bismarck in einer glänzenden Position, um den Entstehungsprozeß der Verfassung maßgeblich zu beeinflussen. Schon Ende September 1870 beauftragte er seinen Staatssekretär Rudolf Delbrück, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Grundlage war die von B. selbst entworfene Verfassung des Norddten Bundes.

Gleichzeitig unternahm Bismarck einen geschickten Schwenk, um seinen Handlungsspielraum zu sichern. Er war nämlich keineswegs geneigt, sich gänzlich an die nationale Volksbewegung zu binden. Zur Enttäuschung vieler Nationalliberaler betrieb B. die Reichsgründung ohne die Parlamente als einen Akt der Fürstensouveränität. Aber auch das erwies sich als schwierig genug, weil nicht nur die süddten Fürsten sondern auch der König von Preußen sich zierten.

Bismarck schrieb darüber im Januar 1871 recht drastisch ab seine Frau: "Diese Kaisergeburt war eine schwere. Könige haben in solchen Zeiten ihre wunderlichen Gelüste, wie Frauen, bevor sie der Welt hergeben, was sie doch nicht behalten können. Ich hatte als Accoucheur mehrmals das dringende Bedürfnis eine Bombe zu sein und zu platzen, daß der ganze Bau in Trümmer gegangen wäre."

Das war dann noch nicht nötig und so wurde nicht nur Kaiser Wilhelm ausgerufen, sondern auch das "Deutsche Reich" gegründet, wie es offiziell hieß. Es umfaßte 25 Bundesstaaten, wobei Preußen 2 Drittel des Territoriums und der Bevölkerung ausmachte. Hinzu kam noch das frisch annektierte E-L, über dessen endgültigen Status im Reich sich die Regierungen nicht einigen konnten. So blieb das neue Gebiet ein direkt verwaltetes "Reichsland", was maßgeblich zu Diskriminierung seiner Einwohner beitrug. Außer Österr. und der Deutschschweiz umfaßte das Reich alle zusammenhängenden Siedlungsgebiete mit dter Bevölkerungsmehrheit. Es gab aber auch erhebliche nationale Minderheiten: Franzosen in E-L, Dänen in Schleswig, Sorben in Brandenburg, Polen v.a. in Westpreußen, Kaschuben in Ostpreußen – sie alle wurden fortan diskriminiert.

Wie schon der Norddeutsche Bund, so war auch das Deutsche Reich kein Einheitsstaat. Zwar gab es einen Kaiser, einen Reichskanzler, eine Hauptstadt, eine Einheitswährung, eine zentral gelenkte Außen- und Verteidigungspolitik und bald auch ein gemeinsames Recht, gemeinsame Maßeinheiten usw. Aber es gab auch weiterhin Bundesstaaten mit ziemlich weit gehenden Rechten. Einige süddeutsche Staaten, v.a. Bayern, hatten sogar zur Enttäuschung vieler Liberalen sogenannte Reservatrechte behalten (eigene Heeresverwaltung, Post, und Steuerwesen). Die Vertreter der Bundesstaaten bildeten im Bundesrat zugleich obere Gesetzgebungsinstanz und eine Art Regierung, wobei der Reichskanzler den Vorsitz innehatte.

Die starke Rolle von Fürstensouveränität und Einzelstaatenrechten, die nicht nur den Akt der Reichsgründung charakterisierte, sondern auch wesentliche Teile der Verfassung bestimmte, war gar nicht nach dem Geschmack der Liberalen. Aber immerhin hatten sie jetzt ihr Deutsches Reich. Diesbezüglich herrschte allgemeine Euphorie.

So schrieb der 54jährige nationalliberale Historiker Heinrich v. Sybel (Gründer der HZ) wenige Tage nach der Kaiserproklamation:

“Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt! Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen?”

Sybel fand schließlich doch eine Aufgabe für die noch verbleibenden 24 Lebensjahre: er wurde zum Vorreiter der Bismarck verherrlichenden Nationalgeschichtsschreibung.

Es war aber die Euphorie über die Reichsgründung und die starke Stellung des Reichsgründers Bismarck, die jetzt die Liberalen daran hinderte, für ihre eigenen Verfassungsvorstellungen wirklich zu kämpfen. Bismarck hatte den Druck der Nationalbewegung genutzt, um zögerliche Fürsten zum Einlenken zu bewegen. Nun übte er auf die Abgeordneten mit dem Argument wirksamen Druck aus, die mühsam ausgehandelten Bedingungen der Vereinigung dürften nicht durch neue Forderungen aufs Spiel gesetzt werden.

Am 3. März 1871 wurde der Reichstag gewählt. Die Liberalen aller Schattierungen errangen trotz des allgemeinen und gleichen Wahlrechts einen großen Sieg und die Mehrheit der Mandate, wobei die NL die deutlich stärkste Fraktion stellten. Das eigentümliche Mehrheitswahlrecht in den Wahlkreisen, ließ die liberale Mehrheit bei den Nachwahlen noch weiter steigen. Doch diese starke Position wurde in der allg. Euphorie und unter dem Druck des RK zunächst kaum genutzt. Innerhalb von drei Tagen stimmte der RT dem vorgelegten

Verfassungsentwurf bei nur 7 Gegenstimmen zu.

Murrend nahm die RT-Mehrheit hin, daß der BR der alleinige Träger der Souveränität wurde, ohne allerdings fest umrissene Aufgaben zu erhalten. Statt verantwortlicher Minister gab es nur den alleinverantwortlichen RK, der obendrein vom RT weder berufen noch abgesetzt werden konnte. Der RK ernannte Staatssekretäre als Ressortchefs, die nur ihm verantwortlich waren. So wurde die Exekutive enorm gestärkt, obwohl der RT mit dem demokratischsten Wahlrecht des damaligen Europas gewählt wurde. Mehr noch: Außen- und Militärpolitik blieben eine Domäne der Krone. Die vorkonstitutionelle Kommandogewalt existierte weiter. Um die Armee noch mehr dem Einfluß des Parlaments zu entziehen, wurde nicht etwa ein Reichskriegsamt geschaffen, sondern der preuß. KM vertrat als Beauftragter des BR fortan die Belange der Armee im RT. Aufbau und zahlenmäßige Stärke der Armee blieben ausdrücklich eine Angelegenheit der Kommandogewalt. Allerdings bestimmte die Verfassung, dass die allg. Wehrpflicht gelten solle, wobei jedoch die Armeestärke auf 1% der Bevölkerung festgelegt wurde.

All dies war widersprüchlich genug. Hinzu kam nun aber die Tatsache, daß dem RT die volle Zustimmungsgewalt zum Budget zugesichert wurde. Über diese Hintertür besaß das Parlament doch Einfluß auf die Ausgestaltung der Armee. Dies war umso wichtiger, als nahezu 90% des Reichshaushalts aus Militärausgaben bestand. Zur Deckung des Haushalts durfte das Reich auf Zölle und indirekte Steuern zurückgreifen. Direkte Steuern waren Sache der Bundesstaaten, die aus ihrem Budget über sogenannte Matrikularbeiträge den Reichshaushalt alimentierten.

So stellte die Verfassung “ein System umgangener Entscheidungen” (W. J. Mommsen) dar, wie allein in der Militärfrage deutlich wurde, wo die Fronten des preuß. Verfassungskonflikts noch immer nicht endgültig geklärt waren. Dies wurde 1874 in aller Schärfe demonstriert, als die Regierung versuchte, eine dauerhafte Festlegung der Militärausgaben durchzusetzen, was das Parlament um 90% seines Budgetrechts beraubt hätte. Am Ende stand, nach heftigen Auseinandersetzungen, eine 7jährige Festlegung des Militäretats und damit eine erhebliche Machteinbuße des Parlaments. Für die Zukunft bedeutete dies einen periodisch auftretenden Streit um die Armee, der wiederholt an den Verfassungskonflikt erinnerte. (Siehe hierzu Michael Schmid)

Insgesamt stellte die Verfassung einen “dilatorischen Kompromiß” dar, also eine Übereinkunft zur Verschiebung aller strittigen Fragen, wie Wolfgang Mommsen es einmal nannte. Gänzlich unterschiedliche Verfassungsprinzipien standen unvermittelt nebeneinander: Fürstensouveränität, Föderalismus, preuß. Vorherrschaft, eine starke Stellung des Kaisers, aber wacklige

finanzielle Grundlagen für das Reich, ein demokratisch gewähltes Parlament, aber mit eng umgrenzten Rechten. Dies waren keine starken Strukturen, sondern es war vielmehr ein konfliktreiches und überkompliziertes System, in dem die verschiedenen Machtfaktoren gegeneinander standen und mühsam ihren Platz finden mußten. Angesichts dieser Verhältnisse kam die zentrale Stellung der Exekutive zu, die über den Staatsapparat verfügte und als einzige Instanz einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Kräften herbeiführen konnte. Die Exekutive aber war der einzige verantwortliche Minister, der Reichskanzler, also Bismarck. Damit war ein halbautoritäres System errichtet worden, das allein auf die Person Bismarcks zugeschnitten war. Alles kam auf die "charismatische" Führungsfigur an, wie selbst der sonst eher auf sozialhistorische Entwicklungen fixierte Historiker Hans-Ulrich Wehler betont. So gesehen war das neue Reich tatsächlich das "Bismarck-Reich", als das es oft bezeichnet wird. Wie dieses Reich einmal ohne seinen Gründer funktionieren sollte, darauf gab die Verfassung jedoch kaum eine Antwort.

2. Die große Depression

Der Frankfurter Historiker Lothar Gall, der eine der besten Bismarck-Biographien verfaßt hat, bezeichnet Bismarck als einen "Zauberlehrling". Er habe mit dem Prozeß der Reichsgründung Kräfte geweckt, über die er nach 1871 zusehends die Kontrolle verlor. Dieses Bild ist sicherlich zutreffend, wenn man sich die weitere Entwicklung der Innen- und Außenpolitik vergegenwärtigt. Doch es bleibt an der Oberfläche. Viel entscheidender waren die tektonischen Verschiebungen an der sozio-ökonomischen Basis, auf die selbst der "Eiserne Kanzler" nie wirklich Einfluß besaß und auf die er allenfalls reagieren konnte. Es waren diese Veränderungen, die das von ihm errichtete Gebäude in den Fundamenten erschütterten und den 1871 gefundenen Kompromiß schon bald wieder infrage stellten.

Dabei sah es zunächst ganz so aus, als befänden sich die Dinge im Lot. Der Kompromiß von 1871 bestand ja nicht nur aus einer Art Kuhhandel über die Verfassungsfrage. Die Libs hatten keineswegs eine schwere Niederlage bei der Hinnahme eines halbautoritären Systems erlitten. Es konnte auch keine Rede davon sein, daß sie ihre Seele für das Geschenk der deutschen Einigung verkauft hätten, wie kritische Zeitgenossen und manch späterer Historiker behaupteten. Im Grunde lag der größte Teil des Kompromisses nämlich in ihrem Interesse. Unter Bismarcks durchaus wohlwollender Führung stiegen insbesondere die NL jetzt zu so etwas wie einer regierenden Partei auf. Sie besaßen nicht nur die beherrschende Position im RT, sondern Bismarck folgte in der Innenpolitik prinzipiell ihrer Linie. Wirtschaftlich blieb es beim Freihandel, und die noch bestehenden rechtlichen Einschränkungen der Gewerbefreiheit wurden zügig abgebaut. Gleichzeitig ging auf allen Ebenen

ein Prozeß der Vereinheitlichung und Angleichung vor sich, der Wirtschaft und Gesellschaft zugute kam. In der Rechtspolitik überließ Bismarck den Libs sogar die Federführung, so daß nicht nur ein damals hochmodernes Bürgerliches Gesetzbuch ausgearbeitet werden konnte, sondern auch ein Ehe- und Staatsbürgerrecht, das in Europa Maßstäbe setzten. Der dte Liberalismus konnte zufrieden sein und darauf hoffen, auch in der Verfassungswirklichkeit allmählich die Oberhand zu gewinnen.

Die Grundlage für diesen keineswegs unberechtigten Optimismus war ein fast explosionsartiger Wirtschaftsaufschwung, der als "Gründer-Boom" in die Geschichte einging. Zwischen 1870 und 1873 verdoppelten sich die Nettoinvestitionen im Vergleich zum Zeitraum 1867-70 von 854 Mio Mark auf 1,562 Milliarden! Der Eisenbahnbau verdreifachte sich im gleichen Zeitraum nahezu. Die Stahlproduktion und die Steinkohleförderung wuchsen um 50%. Die vom Urbanisierungsprozeß geförderte Baukonjunktur erreichte einen Höchststand, der erst nach 1949 übertroffen wurde. Deutsche Banken zahlten märchenhafte Dividenden an ihre Aktionäre: zwischen 12.5 und 25.5%! Insgesamt raste die Industrialisierung voran, während die keineswegs stagnierende Landwirtschaft allmählich relativ an Boden verlor. Es schien also nur noch eine Frage der Zeit, bis dieser, den Liberalismus begünstigende, Trend die innenpolitischen Gewichte entscheidend zugunsten der liberalen Parteien verändern würde.

Es kam alles anders. Im Verlauf des Jahres 1873 zeigte der Gründerboom deutliche Zeichen der Überhitzung. Zwei Jahrzehnte industrieller Weltkonjunktur näherten sich dem Ende. Überproduktion und Überinvestition lösten global einen merklichen Preisverfall aus, der erst Gewinneinbrüche und dann Zusammenbrüche zur Folge hatte. Aus dem Boom wurde eine Deflationskrise bedrohlichen Ausmaßes. Allein an der Berliner Börse gingen bis Ende 1874 Werte in Höhe von 2 Milliarden Mark verloren. Das waren weit mehr als ein Drittel des Standes von Jahresende 1872! Es folgte nun eine 20jährige Weltwirtschaftskrise, die Hans Rosenberg etwas übertreibend die Große Depression genannt hat.

Eine wirkliche Depression war es nicht, denn das Wachstum ging insgesamt weiter, aber sehr viel langsamer. So sank die Zuwachsrate des Nettoinlandsprodukts, die 1873 noch bei 3,31% gelegen hatte, für die folgenden zehn Jahre auf 1,22%. Das war sehr schmerzhaft, bedeutete es doch Pleiten, Massenarbeitslosigkeit und Dauerkrise. Im Zentrum stand bei all dem eine massive Strukturkrise. Bis dahin waren Eisenbahnbau und Schwerindustrie die Motoren der Konjunktur gewesen. Doch der Eisenbahnbau hatte einen gewissen Sättigungsgrad erreicht und damit stagnierte auch die Schwerindustrie, die ihre Güter nur noch unter erheblichem Preisverlust absetzen konnte. Ein gnadenloser Konkurrenzkampf

setzte ein, der auf Kosten der kleineren Betreibe und auf Kosten der Arbeiterschaft ging. Das Ergebnis war ein starker Konzentrationsprozeß, Dumping auf den Weltmärkten und das Sinken der Reallöhne. Um die Produktionskosten zu senken, gingen die Fabrikherren mit äußerster Brutalität in der Lohnpolitik zu Werke. Bei Krupp etwa wurde das Einkommen der Belegschaft zwischen 1873 und 1878 halbiert! Der Reallohnindex im Reich sank im gleichen Zeitraum von 79 auf 74 Punkte, wobei nur die schrumpfenden Lebenshaltungskosten einen schlimmeren Einbruch verhinderten. Hinzu kamen noch Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit, die mancherorts zu regelrechter Verelendung führten. Vor diesem Hintergrund war es nicht erstaunlich, daß die industriellen Interessenverbände einerseits einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik in Richtung auf mehr Staatsintervention verlangten, während sich die Arbeiterschaft andererseits politisch und gewerkschaftlich radikalisierte. Damit kündigte sich ein innenpolit. Stimmungsumschwung an.

Dem massiven Einbruch zwischen 1874 und 1879 folgten wechselnde Phasen kurzer Aufschwünge und erneuter mehr oder weniger scharfer Krisen. Auf Details kann hier nicht weiter eingegangen werden. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass bis zum Jahre 1895 eine ausgesprochen depressive Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft vorherrschte, die erhebliche politische Rückwirkung besaß. Bis weit über Bismarcks Amtszeit hinaus wurde die dte Innenpolitik von der Krise überschattet.

Der Krise im industriellen Bereich, die natürlich gesamtwirtschaftliche Auswirkungen hatte und den Gesamtkonsum beeinträchtigte, stand eine zunächst mindestens ebenso schlimme, in ihrer Langzeitwirkung verheerende Strukturkrise in der Landwirtschaft gegenüber. Bis 1875 hatte die dte Landwirtschaft von einem Jahrzehnte weilenden Aufschwung profitiert, der selbst konservative Großgrundbesitzer zu Anhängern des liberalen Freihandels machte. Aber nun brachen in Massen Billigexporte aus den USA und Rußland über den europäischen Getreidemarkt herein, die auch noch qualitativ überlegen waren. Einige Jahre später kam eine Schwemme von amerikanischem und argentinischem Rindfleisch hinzu. Die verbesserten globalen Transportmöglichkeiten (Eisenbahnen, Kühlschiffe) setzten Europa der überlegenen Konkurrenz aus Rußland und v.a. aus Übersee aus. Die europ. Landwirtschaft geriet dadurch in eine Dauerkrise, die bis heute anhält. Für die dte Landwirtschaft bedeutete dies nach 1875 den weitgehend vollständigen Verlust ihres Exportmarktes (GB) und eine massive Bedrohung des Inlandmarktes. Bei der Getreideproduktion führte dies zu erheblichen Einbußen. Erst 1895 konnte der Stand von 1875 wieder mühsam erreicht werden. Der deutliche Anstieg in der Viehhaltung bot nur einem Teil der Betriebe einen Ausgleich, da vor allem die ärmlichen Böden im Osten hier keine wirklichen Verbesserungen zuließen. So gerieten vieler Rittergüter in

die Dauerverschuldung, weil sie in den Boomjahren zu hohe Kredite aufgenommen hatten. Kein Wunder also, daß insbesondere viele Junker unter diesen Umständen jedweden liberalem Tächtelmächtel abschworen und nun auf knallharte hochkonservative Interessenpolitik umschalteten.

Die sinkenden Einnahmen führten besonders im Osten zu sinkenden Landarbeiterlöhnen, so daß trotz der Wirtschaftskrise in den Städten die Landflucht rapide zunahm. Damit setzte ein langfristiger Prozeß ein, der unumkehrbar wurde. So sank der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 49% (1878) auf 35% (1913). Gleichzeitig nahm die Verstädterung der Bevölkerung zu. Berlin wuchs von 826.000 (1871) auf 1.579.000 (1891). Frankfurt von 91.000 auf 180.000, Dortmund von 44.000 auf 90.000, Leipzig von 107.000 auf 295.000 usw. Diese Zuwachsraten hingen allerdings auch mit der nach wie ungebrochenen Zunahme der Gesamtbevölkerung zusammen. Hatte das Reich bei seiner Gründung noch knapp 41 Mio Menschen umfaßt, erreichte es um die Jahrhundertwende bereits 56 Mio - und das Wachstum ging weiter. Dtland entwickelte sich also zwischen 1871 und 1890 rapide zu einem urban geprägten Industriestaat. Das Wachstum der Gesamtbevölkerung verschärfte noch die Notwendigkeit zu weiterem wirtschaftlichem Wachstum der industriellen Bereiche, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Da dies in Zeiten der Krise nur mühsam gelang, bestand dringender Handlungsbedarf für die Regierung. Mit liberalem *laissez faire* kam man hier nicht weiter.

Die gesellschaftspolitischen, ordnungspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für den Kompromiß von 1871 hatten also wenige Jahre später bereits keine Gültigkeit mehr. Im Spannungsfeld dieser Entwicklung vollzog sich die Innenpolitik im Bismarck-Reich.

3. Der Kulturkampf

Während seiner gesamten Amtszeit als preuß. Minipräs., Bundeskanzler und Reichskanzler gehörte es zu Bismarcks Erfolgsrezept, sich in schwierigen innenpolit. Situationen einen Feind zu suchen, auf den man alle Probleme ablenken konnte und durch dessen Niederwerfung man sich Luft verschuf, um die Lösung der eigentlichen Schwierigkeiten auf einen späteren, günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Bis 1871 hat Bismarck diese Feinde ausschließlich in der äußeren Politik gesucht. Auch danach blieb er, wie noch zu zeigen sein wird, nicht vor der Versuchung geveiht, zu äußeren Krisen Zuflucht zu nehmen. Doch Kriege konnte und wollte er nicht mehr führen. So mußte er sich innere Feinde suchen, die man theatralisch bekämpfen konnte. Bismarck erfand daher den Ausdruck "Reichsfeinde", um innenpolitische Gegner zu isolieren, zu verfeinden und zu bekämpfen. Er initiierte damit eine Vorgehensweise, die das innenpolitische Klima des Kaiserreichs auf Dauer

vergiftete. Sein erstes Opfer war der politische Katholizismus.

Nun befand sich das Reich unmittelbar nach seiner Gründung sicherlich nicht in der Krise. Doch sein Zusammenhalt war noch nicht gesichert, da der süddeutsche Partikularismus nach wie vor stark war, die Einzelstaaten fester eingebunden werden mußten und die Liberalen weiterhin mit den halbautoritären Verfassungsstrukturen versöhnt werden sollten. Gerade letzteren wollte Bismarck ein Kampffeld bieten, auf dem sie sich, neben ihrem Engagement für wirtschaftspolit. und juristische Reformen, austoben konnten.

Alle Enthusiasten des neuen Reiches waren einigermaßen erschrocken über die Tatsache, daß bei den ersten RT-Wahlen die frisch gegründete Zentrumsparterie sowohl in Wählerprozenten als auch in Mandaten hinter den NL zur zweitstärksten Partei aufgestiegen war. Das Zentrum war aber nichts anderes als die Organisation des politischen Katholizismus mit seiner stark großdt. orientierten Prägung. Diese Bewegung hatte in den letzten Jahren vor der Reichsgründung den national gesinnten Kräften um Bismarck sehr viel Kopfzerbrechen bereitet, als sie in Süddeutschland den Widerstand gegen das vorwiegend protestantische Preußen organisierte. Das Zentrum war deshalb sowohl dem Kanzler als auch den NL suspekt.

Obendrein aber galt das Zentrum als nach Rom orientiert, als "ultramontan", wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß, und damit als irgendwie undeutsch. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurfte, so erbrachten ihn der dt. Episkopat und Zentrumsabgeordnete, als sie von Bismarck vehement den Einsatz preuß. Machtmittel verlangten, um den 1870 von Italien annektierten Kirchenstaat wiederherzustellen. Das galt Bismarck und den Libs als Unverfrorenheit. Denn wessen Macht sollte hier wiederhergestellt werden? Die der erzreaktionären, modernisierungsfeindlichen Kurie. Hatte doch der Papst 1864 in seinem "Syllabus errorum" allen modernen Tendenzen in Staat und Gesellschaft eine radikale Absage erteilt. In der Enzyklika "Quanta cura" wandte sich die Kirche gegen "die hauptsächlichsten Irrtümer unserer so traurigen Zeit" und bestand auf dem nahezu völligen Souveränitätsanspruch der Amtskirche gegenüber dem Staat. Als das Vatikanische Konzil 1870 auch noch das groteske Unfehlbarkeitsdogma des Papstes verkündete, erschien vielen Libs und Protestanten die Katholische Kirche endgültig als ein Monster aus dem finsternen Mittelalter.

Der politische Katholizismus in Dtland, der sich natürlich nicht von Rom und der Amtskirche distanzierte, wurde in dieselbe Schublade geschoben. Dabei stellte das Zentrum eine besondere Gefahr dar. Im Gegensatz zu den Libs und auch den preuß. Konservativen, die immer noch nach dem Honoratiorenprinzip ohne Massenbasis arbeiteten, war das Zentrum eine

Partei neuen Typs: die erste Volkspartei, die vom Knecht und vom Bauern, über Handwerker und Arbeiter, bis hin zu Bürgern und Adligen alle Schichten der männlichen katholischen Bevölkerung ansprechen konnte. Das Zentrum profitierte deshalb besonders vom freien und allgemeinen RT-Wahlrecht. Dies war eine mächtige Herausforderung.

Lothar Gall behauptet, Bismarck habe im Zentrum eine gefährliche Konkurrenz für den Konservatismus erkannt, dem er immer noch nahe stand. Das erscheint mir weit hergeholt. Als Protestant und aufgeklärter Mensch empfand Bismarck wohl eher eine tiefe Abneigung gegenüber dem mittelalterlichen Katholizismus. Im Übrigen waren ihm natürlich die "Ultramontanen" als Kritiker des von ihm gegründeten Reiches höchst unsympathisch. Vor allem aber konnte er die Energien des Libs auf die Bekämpfung des Zentrums lenken, was er genüßlich tat.

Gegen den modernisierungsfeindlichen Universalanspruch der kathol. Kirche und den Versuch, innerhalb Dtlands Sonderrechte zu bewahren, setzten zahlreiche Landesregierungen, die Reichsregierung und der Reichstag drakonische gesetzgeberische Maßnahmen. Ende 1871 erging der "Kanzelparagraph", der Geistliche wegen unberechtigter Kritik am Staat mit bis zu 2 Jahren Gefängnis bedrohte - ein wahrer Gummiparagraph. Im März 1872 folgte das preuß. Schulaufsichtsgesetz, das auch die kathol. Schulen der staatl. Kontrolle unterwarf. Im Juli folgte das reichsweite Verbot des Jesuitenordens. Im Frühjahr 1873 setzte schließlich der liberale preuß. Kultusminister Falk die sogen. "Maigesetze" durch, die darauf hinaus liefen, die kathol. Kirche in Dtland auf allen Ebenen staatl. Kontrolle zu unterwerfen und ihr die Macht nehmen sollten, Kirchenstrafen über ihre Mitglieder zu verhängen. Im März 1874 wurden schließlich die obligatorische Zivilehe und ein modernes Scheidungsrecht eingeführt. Seit Mai 1874 konnten Geistliche, die sich diesen Gesetzen widersetzen, ausgewiesen werden.

Die Amtskirche in Dtland setzte sich verzweifelt durch allerlei Boykottmaßnahmen, durch Aufrufe und passiven Widerstand zur Wehr. Der polit. Katholizismus machte mobil, blieb jedoch einstweilen isoliert. Im Februar 1875 ging schließlich Papst Pius IX. soweit, die preuß. Kirchengesetze einfach für ungültig zu erklären. Die uralten Fronten aus dem mittelalterlichen Investiturstreit schienen wieder aufzubrechen, nur daß diesmal der moderne Staat gegen die Kurie stand. Bismarck verkündete denn auch trotzig im RT unter dem Jubel der Libs, nach Canossa gehe er nicht.

Der Konflikt, der 1875/76 den Höhepunkt erreichte, wurde vom Liberalen Rudolf v. Virchow polemisch als "Kulturkampf" bezeichnet - eine Begriff, der haften blieb. Der nationalliberale Historiker Droysen begrüßte diesen Konflikt jubelnd:

“Es ist ein Feldzug von größerer Bedeutung und Schwierigkeit als der von 1870. Man muß das Glück des neuen Reiches preisen, daß es sofort nach dieser eine so neue schwere Aufgabe fand ... Jetzt stehen Bismarck und das Reich an der Spitze der fortschreitenden Ideen, [um] den Mist von Jahrhunderten, der die deutsche Nation zudeckte, abzutragen.”

Als sich 1874/75 die Hälfte aller preuß. Bischöfe und zahlreiche Priester in Haft befanden, posaunte der nI Abgeordnete Friedrich Kapp, es sei ein wahre Lust, “das Pfaffengesindel unter diesen wuchtigen Hieben sich krümmen zu sehen”. Als MdR fühle er sich “mitberufen, den Pfaffen ... den Hals brechen zu helfen”.

So waren die Libs denn mit vollem Eifer bei der Sache. Doch angesichts der zunehmenden Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden sozio-politischen Veränderungen konzentrierten sie damit ihre Energien auf ein Nebenthema und verloren den Kontakt zur Realität, in der sich ein gravierender innenpolit. Wandel ankündigte.

Bismarck selbst wurde der Kulturkampf allmählich lästig, zumal dieser den Libs ungewöhnlich viel Einfluß einräumte. Er wartete deshalb auf eine Gelegenheit, den Streit zu beenden. Diese Gelegenheit kam, als im Februar 1878 mit Leo XIII. ein neuer, kompromißbereiter Papst inthronisiert wurde. Über die Köpfe der kampfesbessenen Libs und auch des verstockten dten Episkopats hinweg, einigten sich Berlin und Rom auf einen Ausgleich. Der liberale Minister Falk wurde entlassen und Bismarck setzte in der Folgezeit eine Reihe von “Milderungsgesetzen” durch. Umgekehrt nahm der Vatikan fortan Abstand von provozierenden Gesten und Einmischungen. Einige Maßnahmen aus dem Kulturkampf, wie die Zivilehe und staatl. Schulaufsicht blieben jedoch bestehen. Das Anti-Jesuitengesetz wurde erst 1917 aufgehoben.

Die Folgen für den dten Katholizismus waren erheblich. Die kathol. Minderheit in Dtland war für Jahrzehnte in eine ghettoartige Isolation gedrängt worden und wurde v.a. vom Staat als Bürger zweiter Klasse behandelt. Für Katholiken gab es insbesondere in Preußen kaum noch Aufstiegsmöglichkeiten in der staatl. Bürokratie und im Offzkorps. Es wurde nun die Hauptaufgabe der Zentrumspartei für den Gleichberechtigungsanspruch der Katholiken zu kämpfen. Dabei legte sie allerdings spätestens seit der Jahrhundertwende eine zunehmend anpaßlerische Haltung an den Tag, die schließlich in eine Art Hypernationalismus mündete.

Im Verlauf des Kulturkampfes hatte sich Zentrumspartei aber auch als unzerstörbar erwiesen. In den RT-Wahlen von 1874 hatte sie gegenüber 1871 die Zahl ihrer Mandate von 58 auf 91 vermehrt. 1877 gewann sie noch

zwei Mandate hinzu. Mit dieser Kraft mußte also gerechnet werden. Dies war ein weiterer Grund, warum Bismarck den Kulturkampf beendete, denn für die große innenpolit. Wende im Jahre 1878 brauchte er neue Partner, um die Vorrangstellung der Libs, v.a. der NL zu brechen. Die Libs ihrerseits hatten einen schweren Fehler begangen, der über den taktischen Bereich hinausging. In ihrem Bestreben, die Macht der kathol. Kirche zu brechen, hatten sie sich auf zutiefst illiberale Gesetze eingelassen, die, wie etwa der Kanzelparagraph oder das Ausweisungsgesetz, rechtsstaatlichen Prinzipien diametral entgegenstanden. Damit waren gefährliche Präzedenzfälle geschaffen worden, die die Zukunft des KR schwer belasteten.

Dies hatte unmittelbare Folgen, denn Bismarck bereitete schon seinen nächsten innenpolit. Feldzug vor: diesmal gegen die Sozialdemokratie.

4. Die Sozialisten

Als der Dt-Franz. Krieg sich dem Ende zuneigte, griff die Bevölkerung des bis dahin belagerten Paris zum Mittel des Aufstandes, um die drohende Kapitulation vor den Invasoren abzuwenden. Der Aufstand der Pariser Kommune aber wurde sehr schnell zum Fanal der sozialen Revolution, denn er brachte sozialist. Bewegungen in der franz. Hauptstadt an die Macht, die eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft zum Ziel hatten und dabei auch vor brutalen Gewaltmaßnahmen nicht zurückschreckten.

Für Bürgerliche und Konservative in ganz Europa erschienen die Ereignisse von Paris eine neue, furchtbare Bedrohung anzukündigen: den Kommunismus. Gab es nicht schon fast überall sozialist. Parteien und Gewerkschaften, die das Elend der Industriearbeiter nutzten, um für die Revolution zu agitieren? So schrieb etwa der preuß. GS-Chef Moltke an seinen Bruder: "Die große Gefahr aller Länder liegt jetzt wohl im Sozialismus". Und an anderer Stelle schätzte er sich als glücklich, daß er angesichts seines Alters die Machtübernahme der Kommunisten nicht mehr erleben müsse.

Die häufig undifferenzierten Befürchtungen waren also groß. Moltke und Bismarck waren deshalb gern bereit, der Regierung Thiers in Versailles aus den Gefangenenerlagern des Krieges zehntausende von Soldaten zur Niederschlagung des Aufstandes zur Verfügung zu stellen, und die noch um Paris lagernden Truppen logistische Unterstützung leisten zu lassen. Der Verlierer von Sedan, Marschall MacMahon, und seine Soldaten ließen denn auch im Mai 1871 ihre Wut über den verlorenen Krieg an den Kommunarden aus. Mehr als 30.000 Menschen wurden bei der Eroberung von Paris hingemeuchelt.

Mit menschlich verständlicher, aber politisch unkluger Empörung verdammt

der sozialdemokratische Abgeordnete August Bebel im RT die grausame Niederschlagung der Kommune und die Hilfestellung, die das dte. "Klassenregime" dabei geleistet hatte. Mit dem Kampfruf "Friede den Hütten, Krieg den Palästen" schreckte er nicht nur die Spießbürger auf, sondern leistete einer tief sitzenden Revolutionsfurcht Vorschub.

Auch Bismarck selber, sei fortan von einem "cauchemar des révolutions" verfolgt worden, behauptet etwa Lothar Gall. Die durch die industr. Revolution hervorgerufenen sozialen Umwälzungen, das Anwachsen des Industrieproletariats, zunehmende Streiks und die sozialistische Agitation kommentierte Bismarck jedenfalls mit drastischen Worten. "Man kann ein Land nicht von unten regieren" lautete sein Credo, "es ist gegen die natürliche Ordnung der Dinge". Doch durch das Anwachsen der städtischen Unterschichten könne es passieren, daß "die Hungrigen ... uns auffressen." Daher müsse er einen "Vernichtungskrieg" gegen die "verbrecherischen Umsturztheorien" der Sozialisten führen. "Sie sind wie Ratten im Lande und sollten vertilgt werden." Die Besitzenden müßten nun zusammenhalten, denn: "Die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere größeren Städte bewohnen' erzwingt die Solidarität der Notwehr."

Als die Wirtschaftskrise immer mehr um sich griff und für erhebliche Unruhe unter der Not leidenden Arbeiterschaft sorgte, hatte Bismarck auch den Schuldigen erkannt. "Wie soll in Europa Vertrauen und Unternehmungslust erwachen, wenn der Kommunismus ameisenartig um sich greift, wenn man das Erarbeitete durch Brand und Plünderung zu verlieren fürchten muß und noch dazu die Aussicht hat, dafür, daß man etwas hat, massakriert zu werden?" Bismarck hatte also wieder einen Feind ausgemacht, auf dem er die Krise abwälzen konnte.

Dabei waren die dten Sozialdemokraten alles andere als radikal und schon gar keine Kommunisten, noch nicht einmal richtige Marxisten. Zum Zeitpunkt der Reichsgründung waren sie sogar gespalten. Auf der einen Seite standen die propreußischen, etatistischen, sozial und demokratischen, im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) organisierten Anhänger des inzwischen verstorbenen Rechtsanwalts Ferdinand Lassalle. Mit Lassalle hatte Bismarck in den 60er Jahren sogar Sondierungsgespräche geführt. Auf der anderen Seite standen die etwas radikaleren, antipreuß., primär sächsischen Sozialdemokraten unter Bebel und Wilhelm Liebknecht. Letztere standen Marx und Engels nahe. Insgesamt läßt sich wohl festhalten, daß die dten Sozialdemokraten schon zu diesem Zeitpunkt zwar von einer sozialist. Revolution träumten, aber sich realistischer Weise für zu schwach hielten, diesen Traum aktiv umzusetzen. Die Revolution würde in fernerer Zukunft stattfinden. Einstweilen galt es, die Bewegung zu stärken und kräftige

Gewerkschaften für den alltäglichen sozialen Kampf aufzubauen.

Dies gelang bereits recht gut. Zahlreiche sozialist. Gewerkschaften organisierten Teile des Industrieproletariats und viele verproletarisierte Handwerker. Die Konkurrenz von liberalen und katholischen Arbeiterorganisationen war jedoch groß. Immerhin: 1871-73 wurden 800 Streiks durchgeführt, und 1873 gelang es den Buchdruckern, den ersten dten Tarifvertrag durchzusetzen. Auch gab es erfolgreiche Arbeiterbildungsvereine, Gesang- und Turnvereine, sowie sozialist. Zeitungen, die zumeist von Linksintellektuellen redigiert wurden. Doch Massenparteien waren die Sozis noch nicht. 1871 errangen sie gerade zwei RT-Mandate. Nachdem 1875 aber beide Flügel zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei fusioniert waren, errang die SAP 1877 immerhin 12 Mandate. Von einer sozialist. Umsturzdrohung konnte also noch keine Rede sein.

Dennoch wurden die Sozis von Staats wegen verfolgt. Bebel und Liebknecht wurden im Leipziger Hochverratsprozeß wegen ihrer aufrührerischen Parolen im Zusammenhang mit der Pariser Kommune zu längerer Festungshaft verurteilt. Der Berliner Staatsanwalt Tessendorf erreichte gar 1874 ein Verbot des ADAV. Doch alle weiteren Versuche der Regierung, die Sozis mit gesetzgeberischen Maßnahmen zu unterdrücken, scheiterten am Widerstand der Libs. Sicherlich sahen auch und gerade die Libs in den Sozis eine Bedrohung und eine gefährliche Konkurrenz. Doch einstweilen hielten sie wenigstens diesbezüglich an rechtsstaatlichen Prinzipien fest.

Als jedoch im Verlauf des Jahres 1878 zwei Wirrköpfe im Abstand von wenigen Wochen Attentate auf Wl. verübten, wendete sich das Blatt. Nach dem ersten Anschlag im Mai lehnten es die Libs noch ab, ein von der Regierung vorgelegtes Gesetz gegen die "vaterlandslosen Gesellen" zu verabschieden, obwohl Bismarck in zynischer Art und Weise die Sozis mit dem Attentat in Verbindung brachte. Als der Kaiser jedoch beim zweiten Anschlag schwer verletzt wurde, brach eine hemmungslose Hetzkampagne los. Bismarck ließ den RT auflösen und führte einen extrem demagogischen Wahlkampf, der die Libs in die Enge trieb. Unter diesem Druck gaben sie ihre prinzipielle Opposition gegen Ausnahme Gesetze auf. Bei den Wahlen verloren sie dennoch soviel Stimmen, daß die NL 29 und die Linkslib 10 Mandate abgeben mußten. Nutznießer waren v.a. die Kons. Unter den veränderten Umständen stimmten die NL im Oktober dem "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" mehrheitlich zu. Allerdings spaltete sich ihr gemäßigter Flügel unter Lasker und Bamberger daraufhin ab, was die NL auf Dauer schwächte. Bei den nächsten Wahlen, drei Jahre später, verloren sie noch einmal 43 Mandate und damit auf Dauer ihre Vormachtstellung im RT.

Das Sozialistengesetz erlaubte den Behörden das Verbot soziald. Zeitungen, Schriften, Vereine, Versammlungen und Gewerkschaften. Sozialdemokratische Aktivisten konnten, wie schon vor ihnen kathol. Priester, ausgewiesen werden. Die Behörden konnten den "kleinen Belagerungszustand" über ganze Bezirke ausrufen und mit dem Militär gegen Sozis vorgehen. Selbst der konserv. Sozialpolitiker Gustav Schmoller meinte, das Gesetz trage "den Stempel einer brutalen Klassenherrschaft". Tatsächlich wurde in den folgenden Jahren brutal durchgegriffen. Insgesamt 1.500 Jahre Straftat wurden verhängt und 900 Sozis außer Landes verwiesen. Sozialdem. Aktivitäten wurden weitgehend unterdrückt. Dennoch waren dies noch nicht die Maßnahmen eines totalitären Staates. Die Libs hatten durchgesetzt, daß Wahlen frei und unbehindert blieben, also auch Sozis gewählt werden konnten. Überdies funktionierte der Untergrund glänzend. Das nunmehr in der Schweiz gedruckte Parteiorgan erreichte seine Abonnenten immer noch pünktlich. Die SAP wurde ebenso wenig gebrochen wie die Gewerkschaften. Im Jahre 1890, als das Sozialistengesetz fiel, saßen bereits 35 Sozis im RT, nur 7 weniger als in der nl Fraktion.

Doch das Sozialistengesetz hinterließ tiefe Narben. Fortan waren die "vaterlandslosen Gesellen" die Parias der dten Politik. Fast völlig isoliert entwickelte die sozialist. Arbeiterbewegung bis 1914 eine eigene Welt innerhalb des KR, ja eine Art Gegenkultur. Der innenpolit. Friede war damit dauerhaft gestört. Ja, durch das fortwährende Wachstum der SPD, die 1912 110 Mandate erreichte und damit die stärkste Fraktion des RT wurde, geriet das Reich allmählich in eine innenpolit. Dauerkrise. Bismarcks Ausgrenzungspolitik trug böse Fürchte.

5. Die große innenpolitische Wende

Dabei war es mit Bismarcks Revolutionsfurcht wohl doch nicht soweit her. Sein Sohn Herbert ließ jedenfalls verlauten: " Papa sagt, mit den Sozialisten können wir entweder taktieren oder sie niederschlagen, der jetzigen Regierung können sie niemals gefährlich werden." Viel gefährlicher war ja auch die andauernde Wirtschaftskrise. Industrielle und Großgrundbesitzer, Bauern und Handwerker verlangten von der Regierung dringend Aktionen. Nach Lage der Dinge auf den internationalen Märkten konnte dies zunächst nur eines heißen: Schutzzölle.

Bismarck hatte dies bereits 1875 erkannt, als der schwerindustrielle „Zentralverband deutscher Industrieller“ und großagrarisches Kreise unabhängig von einander nach Einfuhrzöllen für ihre bedrohte Klientel riefen. Daraus, so meinte der Kanzler, könne man ein dauerhaftes Bündnis schmieden. So kam es denn auch. Schwerindustrielle und Großagrarien begannen mit des Kanzlers Wohlwollen die Agitation für einen gemeinsamen

„Solidarprotektionismus“. Henry Axel Bueck, der Generalsekretär des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ formulierte 1878 die Parole: „Es ist Zeit, daß wir auch daran gehen, den nationalen Gedanken in der Wirtschaftspolitik zu entwickeln.“

Der Hauptgegner dieser Politik, dessen Macht es zu brechen galt, aber waren die freihändlerischen Libs aller Schattierungen. Um sie zu schwächen, beendete Bismarck den Kulturkampf, führte die Libs mit dem Sozialistengesetz vor und erreichte auch noch die Spaltung der NLP. Die neuen Hätschelkinder waren die beiden konservativen Parteien. Die Freikonservativen hatten sich zwar schon bisher als „Partei Bismarcks sans phrase“ aufgespielt, doch ihre Wahlerfolge waren eher bescheiden. Die radikaleren Deutschkonservativen, die Partei der Junker, hatten bis 1876 wegen der Reichsgründung und Bismarcks pro-liberaler Politik im Schmollwinkel gesessen. Doch jetzt witterten sie Morgenluft, denn beide Parteien erhielten nun großzügige Unterstützung durch Schwerindustrie und Großagrarien. Der Erfolg war durchschlagend: bei den RT-Wahlen 1878 gewannen beide Parteien 18, bzw. 19 Sitze zusätzlich und waren gemeinsam nun stärker als die NLP. Da auch das konserv. Zentrum Schutzzölle unterstützte und die Reste der NLP unter dem Druck der Industrie ebenfalls mitmachten, wurde nun eine zunehmend radikale Schutzzollpolitik initiiert, die zwar auf Kosten der Verbraucher ging, aber den Eliten in Schwerindustrie und Großlandwirtschaft Extragewinne sicherte. Damit war aber auch die Sammlungspolitik der Rechten unter Führung der Regierung eingeleitet, die über weite Phasen des KR bestimmend werden sollte. Die liberale Phase war beendet.

Überdies aber nahm nun der Interventionsstaat Formen an, der fortan zugunsten der Eliten Klassenpolitik von oben betrieb und dabei gleichzeitig vor offener Unterdrückungspolitik gegenüber den Benachteiligten nicht zurückschreckte. Bismarck ließ sich jedoch wie immer eine Tür offen. Um die Folgen dieser Politik abzumildern, setzte er die ersten Sozialversicherungsgesetze in Europa durch, die zwar das Los der Arbeiterschaft nur mäßig linderten, gleichwohl aber die Anfänge des Wohlfahrtsstaats darstellten. Doch auch dies paßte sehr gut in das Bild des Interventionsstaats, der mit den Prinzipien des Liberalismus brach.

So war die innenpolitische Wende des Jahres 1878 für die Entwicklung des KR entscheidend: aus den tektonischen Verschiebungen an der sozio-ökonomischen Basis wurde der autoritäre, konservative Interventionsstaat geboren, der die liberalen Chancen aus dem dilatorischen Verfassungskompromiß von 1871 weitgehend abschnitt. Das KR wurde damit in eine Richtung gedrängt, von der es, zu seinem Schaden, nicht mehr loskam.

